

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

**Offener Brief zum Thema „Bürgerentscheid zur Rettung der ERBA-Siedlung“
an den Oberbürgermeister Dr. Janik**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

mit großer Bestürzung verfolgen wir die sich in den letzten Wochen immer mehr verstärkende Diffamierung gegenüber unserer Bürgerinitiative.

Wir werden als grundsätzliche Nein-Sager und Blockierer dargestellt, die sich gegen den Fortschritt und soziale Gerechtigkeit stellen und nur unsere sogenannten Partikularinteressen über das Wohl aller anderen erheben würden.

Weiterhin wurde in der Öffentlichkeit dargestellt, wir hätten uns jeglichem Kompromissvorschlag entzogen und die Gespräche mit der Stadt grundlos abgebrochen, obwohl uns sogar eine Gutachterlösung angeboten worden sei.

Uns wird vorgeworfen, die Tatsachen zu verdrehen und Falschinformationen zu verbreiten. Mitglieder der BI werden in den sozialen Netzwerken immer wieder der Lüge bezichtigt und persönlich angegriffen.

Selbst die annähernd 6000 Unterschriften für das Bürgerbegehren werden nicht als Ausdruck der Unzufriedenheit der Erlanger Bürger gewertet, sondern uns wird unterstellt, wir hätten diese mit dubiosen und unseriösen Methoden eingeworben.

Demgegenüber möchten wir Folgendes erklären:

Wir haben uns von Anfang an ständig darum bemüht, mit der Stadt/Gewobau in Dialog zu treten (diverse Gesprächsanfragen, Bürgerfragestunde etc.), befriedigende Antworten haben wir leider nie erhalten.

Während all der Wochen, in denen wir die notwendigen tausenden von Stimmen für das Bürgerbegehren gesammelt haben, gab es allerdings keinerlei Gesprächsangebote seitens der Stadt.

Stattdessen haben wir Ihnen von uns aus nochmalige Gespräche zur Auslotung einer letzten Kompromissmöglichkeit angeboten, und das, nachdem wir längst die erforderliche Stimmenzahl für den Bürgerentscheid erreicht hatten.

In diesen Gesprächen hat sich allerdings schnell herauskristallisiert, dass die Stadt/Gewobau nicht bereit war, von ihren radikalen Abriss- und Bauplänen abzulassen. Stattdessen hat sich bei uns der Eindruck verfestigt, die Verantwortlichen wollten uns ohne echte Kompromissbereitschaft hinhalten, nur um einen drohenden Bürgerentscheid zu verhindern.

Wir haben uns am Ende auch nicht wie fälschlich dargestellt einer angebotenen Gutachterlösung entzogen. Im Gegenteil haben wir schon seit Gründung der Bürgerinitiative immer wieder ein unabhängiges Gutachten gefordert, das uns stets verweigert wurde. Wir haben demgegenüber die Gespräche erst zu dem Zeitpunkt für gescheitert erklärt, als uns klar wurde, dass die Stadt zu echten Kompromissen nicht bereit war. Wir haben dabei mehrmals unsere Ideen eines aus unserer Sicht vernünftigen Sanierungskonzeptes vorgebracht, haben damit allerdings kein Gehör gefunden.

Wir möchten feststellen:

Wir sind keine Totalverweigerer, die sich gegen alles stellen. Wir sind keine unsozialen Besitzbürger, die sich nur um das schöne „Ambiente“ ihres Wohnviertels scheren. Wir sind keine großkopferten Bonzen, die in Palästen wohnen. Und wir sind vor allem auch keine

Lügner. Wir sind nur besorgte Bürger, die sich um die Zukunft ihres Viertels und der ganzen Stadt Gedanken machen.

Wir sind auch nicht die Gegner jeder Nachverdichtung und Wohnungsbaupolitik.

Wir haben nur eine andere Meinung, wie diese durchgeführt werden sollte.

Überraschenderweise wurde jetzt vom Rechtsamt der Stadt angefragt, ob wir die Absicht hätten, unser Bürgerbegehren zurückzuziehen. Zeitgleich wurden auch durch andere politische Kreise in den letzten Tagen Versuche gestartet, die uns zu einem Verzicht auf den drohenden Entscheid zu bewegen versuchen.

In unserer Begründung zum Bürgerentscheid sagen wir, dass auch mittels eines vernünftigen Sanierungskonzeptes mit Ausbau der Dachgeschosse und gezielten Erweiterungen zusätzlich neue Wohnungen geschaffen werden können und das sogar bei Erhalt der zugehörigen Gartenanteile.

Wir glauben, eine umwelt-, stadtbild- und sozialverträgliche Nachverdichtung ist in sensiblen Grenzen auch hier möglich und muss also an uns nicht scheitern.

Wir stellen hiermit folgenden Kompromissvorschlag vor:

Wir bieten an, das Begehren zurückzuziehen, wenn die Stadt bindend zusichert, dass die bedrohten Häuser nicht abgerissen werden. In diesem Sinn regen wir an, alle verträglichen Wege auszuschöpfen, um in Summe bis zu 70 Wohnungen zu schaffen. Dazu zählt für uns die Wiederinstandsetzung der bisherigen Wohnungen auf Altbaustandard unter Verzicht auf unwirtschaftliche und preistreibende Sanierungsziele, der Ausbau der Dachgeschosse und gezielte Erweiterungen z.B. auf der schon versiegelten Grundfläche der bisherigen Waschhäuser und Schuppen unter weitestmöglicher Erhaltung der vorhandenen Gärten. Die Erweiterungsbauten müssen sich durch Form und Anlage optisch in das Ensemble einpassen (Geschosshöhe, Bauform und -umfang). Die Umbauten und Erweiterungsbauten könnten dabei u.E. durchaus EOF Förderung erhalten, womit auch bei diesen Maßnahmen ein günstiger Mietpreis von 5,50,- €/m² erreicht werden kann. Weitere Fördermodelle sind zusätzlich denkbar und können ebenfalls zu sozial verträglichen Mieten führen.

Gez.

Die Bürgerinitiative zur Rettung der ERBA-Siedlung